

**Dr. Margarete Schramböck**  
Bundesministerin für Digitalisierung und  
Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

[buero.schramboeck@bmdw.gv.at](mailto:buero.schramboeck@bmdw.gv.at)  
Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.122.182

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)5400/J-NR/2021

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5400/J betreffend "Umsetzung der Stellungnahme des Hauptausschusses zur öffentlichen transparenten länderspezifischen Berichterstattung durch die Bundesregierung", welche die Abgeordneten Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen am 16. Februar 2021 an mich richteten, stelle ich fest:

### **Antwort zu den Punkten 1 bis 8 der Anfrage:**

1. *Welche aktiven Schritte haben Sie als Minister seit dem 11.12.2019 gesetzt, um jegliche Maßnahme zur Steuergerechtigkeit auf europäischer Ebene aktiv voranzutreiben? Bitte um Detailangabe zu Datum, Inhalt, Form (Schriftstück, Wortmeldung) und Formation des Rates/Dienststelle je Einzeltorgang.*
2. *Welche aktiven Schritte haben Sie als Minister seit dem 11.12.2019 gesetzt, um ehe baldigst dem Dossier der transparenten veröffentlichten länderspezifischen Berichterstattung im Rat zustimmen zu können? Bitte um Detailangabe zu Datum, Inhalt, Form (Schriftstück, Wortmeldung) und Formation des Rates/Dienststelle je Einzeltorgang.*
3. *Welche aktiven Schritte haben Sie als Minister seit dem 11.12.2019 gesetzt, um die Beschlussfassung nicht weiter zu verzögern? Bitte um Detailangabe zu Datum, Inhalt, Form (Schriftstück, Wortmeldung) und Formation des Rates/Dienststelle je Einzeltorgang.*
4. *In welchen Sitzungen des Rates oder der vorbereitenden Dienststellen (AStV, Attachees etc.) war das Dossier auf der Tagesordnung?*
  1. *Welche Wortmeldungen wurden seitens Österreichs hierzu abgegeben?*

2. Wie hat der bzw. die österreichische Vertreter/in bei diesen Sitzungen abgestimmt?
3. Welche Weisungen wurden aus Ihrem Ministerium anlässlich dieser Sitzungen zu diesem Dossier erteilt (bitte um Inhaltsangabe und Informationen, wie diese Weisungen zu Stande gekommen sind)?
4. Haben Sie die Stellungnahme des Nationalrates berücksichtigt? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
5. Haben Sie in den Rats-Sitzungen für das Dossier gestimmt? Wenn nein, warum nicht?
6. Haben Sie dafür Sorge getragen, dass das Dossier auf die Tagesordnung der Sitzungen kommt? Wenn ja, wann und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
7. Wurde Ihres Kenntnisstandes nach durch Stimmenthaltung oder Nicht-Wortmeldung verhindert, dass das Dossier auf die Tagesordnung einer vorbereitenden Sitzung oder Rats-Sitzung kommt oder abgestimmt werden kann?  
Wenn ja,
  1. Wann war dieser Vorgang (bitte um Angabe des Datums der Sitzung)?
  2. Wer hat das veranlasst (wie war die Weisungslage inhaltlich und wer hat diese erteilt)?
  3. Haben Sie oder Mitarbeiter Ihres Ressorts dies veranlasst?
8. Konkret fand am 22.1.2021 eine Sitzung der Arbeitsgruppe Unternehmensrecht (CbC-R) - Attaches statt. Um den Informationsfluss zwischen den jeweils zuständigen BundesministerInnen und dem Nationalrat und dem Bundesrat zu optimieren, besteht gemäß dem Bundesgesetz über Information in EU-Angelegenheiten (EU-InfoG) eine Informationspflicht auch für vorbereitende Gremien des Rates. Hierzu ist auch ein Bericht des Bundesministeriums für Finanzen am 27.01.2021 übermittelt worden. Aus diesem Bericht ist jedoch die österreichische Position nicht ersichtlich. Welche Position nahm Österreich (Zustimmung/Ablehnung/Enthaltung des Vorschlags) ein?

Dazu ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5404/J durch den Herrn Bundesminister für Finanzen zu verweisen.

Wien, am 16. April 2021

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt



